

20.03.06 Neues Deutschland

Lagert Hamburg »seine« Flüchtlinge aus?

Unterbringung im mecklenburgischen Horst geplant / Protest gegen Abschiebelager in Neumünster

Von Dieter Hanisch, Neumünster

Gegen die Einrichtung eines zentralen Ausreisezentrums für abgelehnte Asylbewerber zogen im schleswig-holsteinischen Neumünster am Sonnabend über 300 Menschen vor die ehemalige Bundeswehrkaserne, in der es bis 1. April etabliert werden soll.

Was im Jargon des Innenministeriums »Gemeinschaftsunterkunft für ausreisepflichtige Ausländer« heißt, nennen in der Flüchtlingspolitik engagierte Bürger »Abschiebelager«. Es gibt sie bereits in Fürth, Halberstadt, Braunschweig sowie in Bramsche-Hesepe. Laut § 61 Zuwanderungsgesetz können zentrale Ausreiseeinrichtungen geschaffen werden, müssen es aber nicht.

Die friedliche Demonstration in Neumünster wurde von mehreren Hundertschaften der Polizei begleitet, als sei zu fürchten, die derzeitige zentrale Aufnahme- und Unterbringung für Asylsuchende, in der knapp 3000 Flüchtlinge leben, könnte gestürmt werden. Dort residieren zurzeit Flüchtlinge. Da das ehemalige Bundeswehrgelände von einem hohen Zaungitter umgeben ist, hat der Vorwurf einer »Kasernierung« durchaus Berechtigung.

Gerade einmal 30 ausreisepflichtige Flüchtlinge dürften auf Grund der neuen Anordnung aus dem Hause von SPD-Innenminister Ralf Stegner neu hinzukommen, schätzt Martin Link, Vorsitzender des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Er befürchtet eine inhumane Behandlung der noch dezentral untergebrachten Betroffenen. »Der Tagesablauf der im Ausreisezentrum Zwangsuntergebrachten wird von den Behörden bis ins Detail bestimmt und überwacht«, prangert Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Kirche Nordelbien, das Lager an. So wolle man die Flüchtlinge zermürben. Folge seien Depressionen, Angstzustände, Schlaf- und Appetitlosigkeit – »Bedingungen, an denen Leib und Seele erkranken«, so die Pastorin. Für Heike Behrens von Nische steht fest: »Die Erfahrung von Ausreisezentren anderer Bundesländer zeigt, dass eine zentralisierte Zwangsunterkunft die Menschen zu einem großen Teil in die Illegalität treibt.«

Flüchtlingspolitischen Zündstoff gibt's auch in Hamburg. Ende September läuft ein Nutzungsvertrag für ein als zentrale Aufnahme- und Unterbringung dienendes Containerschiff aus, und die regierende CDU ließ durchsickern, dass sie dann das Hamburg zustehende Flüchtlingskontingent in der Gemeinschaftsunterkunft Mecklenburg-Vorpommerns in Horst bei Boizenburg unterbringen möchte. »Durch die rigorose Hamburger Abschiebepolitik und die geplante Aus-Lagerung von Flüchtlingen nach Mecklenburg-Vorpommern ist Hamburg auf dem besten Wege, eine flüchtlingsfreie Stadt zu werden«, so der Vorwurf des Flüchtlingsrates Hamburg. Das Image einer prosperierenden Großstadt, das der CDU-Senat verbreiten will, harmoniert in seinen Augen nicht mit der Existenz von Obdachlosen, Punks, Drogenabhängigen, verhaltensauffälligen Jugendlichen oder Flüchtlingen, wie die aktuelle Diskussion über ein Bettlerverbot in der Innenstadt zeige.